

**Umlaufbeschluss der Europaministerkonferenz
vom 15. November 2024**

Beschlussvorschlag:

Die Europaministerinnen und Europaminister nehmen Kenntnis von der Verlängerung der Mandatsperioden des KGRE auf fünf Jahre durch das Ministerkomitee des Europarats und dem Ende der 12. Mandatsperiode im März 2026.

Die Europaministerkonferenz empfiehlt der Ministerpräsidentenkonferenz, auf ihrer Sitzung am 12. Dezember 2024 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Im Hinblick auf das länderübergreifende Benennungsverfahren für den KGRE legen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in Fortführung ihres Beschlusses vom Dezember 2011 fest, dass die Mitglieder im KGRE und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter gemäß der alphabetischen Reihenfolge der Länder für fünf Jahre benannt werden. Die Verteilung der Sitze auf die Länder für die Amtsperioden 2026 bis 2041 setzt die bisherige Praxis fort und ergibt sich aus der Anlage.
2. Der Vorsitz der Europaministerkonferenz setzt im Zuge der Benennungsverfahren für den KGRE die Ministerpräsidentenkonferenz jeweils über die benannten Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter in Kenntnis.
3. Das Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz wird gebeten, der Bundesregierung nach Unterrichtung der kommunalen Spitzenverbände jeweils die für die deutsche Delegation im KGRE benannten Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter mitzuteilen.

Anlage:

Verteilung der Sitze in der alphabetischen Reihenfolge der Länder

Vorschlag für die 13.-15. Mandatsperiode (2026-2041) basierend auf der 2020 auf fünf Jahre verlängerten Mandatszeit des KGRE unter Beibehaltung des bisherigen Wechselsystems.

Mandatszeit	Mitglieder	Stellvertreter
15. Mandatszeit (2036-2041)		
	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern
	Thüringen	Niedersachsen
	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen
	Bayern	Rheinland-Pfalz
	Berlin	Saarland
	Brandenburg	Sachsen
	Bremen	Sachsen-Anhalt
	Hamburg	Schleswig-Holstein
	Hessen	Thüringen
14. Mandatszeit (2031-2036)		
	Hamburg	Schleswig-Holstein
	Hessen	Thüringen
	Mecklenburg-Vorpommern	Baden-Württemberg
	Niedersachsen	Bayern
	Nordrhein-Westfalen	Berlin
	Rheinland-Pfalz	Brandenburg
	Saarland	Bremen
	Sachsen	Hamburg
	Sachsen-Anhalt	Hessen
13. Mandatszeit (2026-2031)		
	Sachsen	Hamburg
	Sachsen-Anhalt	Hessen
	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern
	Thüringen	Niedersachsen
	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen
	Bayern	Rheinland-Pfalz
	Berlin	Saarland
	Brandenburg	Sachsen
	Bremen	Sachsen-Anhalt